



## ENTSCHLIESSUNG Nr. 31) Gegen den Feminizid in Mexiko, Mittelamerika und der Dominikanischen Republik

Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste (PSI), versammelt in Durban, 27.-30. November 2012,

**IN ERNEUTER BEKRÄFTIGUNG**, dass die Mitgliedsgewerkschaften der Internationalen der Öffentlichen Dienste (PSI) an der Errichtung der Frauenrechte und der Schutzmechanismen zur Ausmerzung der zahlreichen Formen geschlechter-, ethnien-, klassenspezifischer und rassistischer Gewalt, die unsere Region erlebt, mitgewirkt haben;

**AUF DER GRUNDLAGE** unter anderem der UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), der Interamerikanischen Konvention zum Schutz, zur Bestrafung und Beseitigung der Gewalt gegen Frauen, der Konvention „Convención de Belém do Pará“ und des Konsenses von Brasilia der XI. Regionalkonferenz zu Frauenfragen von Lateinamerika und der Karibik;

**IN BESORGNIS** über die alarmierende Zunahme der statistisch erfassten Gewalt gegen Frauen in den letzten Jahren, wobei in der Subregion gängigerweise das Wort „FEMINIZID“ für die Ermordung von Frauen verwendet wird, und über die vorherrschende Straflosigkeit für die Täter im Rechtssystem;

**ENTSCHLIESST deshalb,**

1. den 29. Weltkongress mit dieser EntschlieÙung zu **befassen**, als Ausdruck der Ablehnung jeglicher Form von Gewalt gegen Frauen und Mädchen, und weiterhin die Einhaltung aller staatlich ratifizierten internationalen Verträge sowie die Umsetzung von wirksamen Maßnahmen zu fordern, um der Gewalt gegen Frauen und Mädchen ein Ende zu setzen;
2. an die Staaten zu **appellieren**, dringliche Maßnahmen gegen den Feminizid und jegliche Form von Gewalt gegen Frauen und Mädchen durchzuführen;
3. die Mitgliedsgewerkschaften der Internationalen der Öffentlichen Dienste (PSI) **aufzufordern**, weiterhin Bündnisse zu schmieden und den Dialog mit den Frauen, die in unseren Gewerkschaften und unseren sozialen Bewegungen organisiert sind, zu fördern und jeglicher Form von Gewalt gegen Frauen und der Straflosigkeit in den Rechtssystemen als institutioneller Gewalt entgegenzutreten;
4. die Mitgliedsgewerkschaften der PSI zu **ermahnen**, dass sie sich verpflichten, weiterhin entschlossene Maßnahmen voranzutreiben, damit die Staaten Politiken umsetzen, mit denen sich Veränderungen in Bezug auf gesellschaftliche und sexuelle Gewalt gegen Frauen erreichen lassen;
5. den PSI-Aktionsplan **auszubauen**, um die tiefgreifenden wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, bürgerschaftlichen und politischen Ungleichheiten zugunsten einer wirksamen Teilhabe der Frauen am Aufbau einer neuen inklusiven, fairen und von Gleichberechtigung gekennzeichneten Gesellschaft zu beseitigen;
6. sich in ihren Anstrengungen mit den sozialen und feministischen Bewegungen **zusammenzuschließen**, um gemeinsame Maßnahmen gegen die vielfältigen Ausdrucksformen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu unternehmen;
7. den generationenübergreifenden Dialog zu **fördern** und gleichzeitig die umfassende Partizipation der jungen Menschen zu stärken, um ihnen neue Möglichkeiten für soziale, politische, wirtschaftliche, kulturelle und berufliche Entwicklung zu bieten.

Hier können alle [Kongressentschließungen](#), das Aktionsprogramm und die neue Satzung heruntergeladen werden.